

Landkreis Ravensburg

den 20. Jun. 2016

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik
am 27.04.2016 im Jobcenter, Sauterleutestr. 34, 88250 Weingarten, Sitzungssaal Raum 009

Dauer 15:00 Uhr bis 18:30 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Frau Josefine Haberkorn,

in Vertretung für KR Krattenmacher

Herr Wilhelm Heine,

Herr Wolfgang Kleiner,

Herr Clemens Moll,

in Vertretung für KR Leonhardt

Herr Axel Müller,

bis 17 Uhr Besucher - danach in Vertretung
für KR Schuler

Herr Alois Peter,

Herr August Schuler,

bis 17 Uhr - wird danach von KR A. Müller
vertreten

Herr Robert Schweizer,

Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,

Herr Matthias Grad,

«sitext» vom «sidat»

Herr Dr. Hermann Schad,
Herr Roland Schmidinger,

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Bruno Sing,
Herr Siegfried Spangenberg, in Vertretung für KR Guldenberg
Herr Heinz Strubel,

SPD

Herr Rudolf Bindig,

ÖDP

Herr Julian Aicher,
Herr Siegfried Scharpf, in Vertretung für KR M. Scharpf

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Franz Baur, Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur

Herr Simon Gehringer, Amtsleiter Straßenbauamt

Herr Werner Nitz, Amtsleiter Abfallwirtschaftsamt

Herr Walter Sieger, Dezernent Kreisentwickl.,
Wirtsch. u. ländl. Raum

Gäste

Herr Thomas Habermann, Fa. Häusle, Lus- zu TOP 3
tenau

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers, wird von Frau Meschenmoser vertreten

CDU

Herr Dieter Krattenmacher, wird von KRin Haberkorn vertreten

Herr Hans-Jörg Leonhardt, wird von KR Moll vertreten

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Gereon Güldenbergr,

wird von KR Spangenberg vertreten

SPD

Herr Jürgen Röllli,

ÖDP

Herr Max Scharpf,

wird von KR S. Scharpf vertreten

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. -
Änderung der Tagesordnung
2. -
Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
- -
Mitteilungsvorlagen
3. 0064/2016
Bioabfallverwertung; Auftragserfüllung durch die Fa. Häusle, Lustenau; Gast: Geschäftsführer Thomas Habermann
4. 0065/2016
Rückdelegation Abfallwirtschaft, Sachstandsbericht
- -
Angelegenheiten des Straßenbauamtes
5. 0060/2016
Gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, ÖdP und Die Linke zur K 8011
Brücke Eglofstal
6. -
Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

7. -
Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Technik wurden am 18.04.2016 zu dieser Sitzung eingeladen.

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung ()

Es werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht.

Beratungsergebnis: keine Änderung

2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung ()

Zum Protokoll der Sitzung am 09.03.2016 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

_ Mitteilungsunterlagen ()

Beratungsergebnis:

3. Bioabfallverwertung; Auftragserfüllung durch die Fa. Häusle, Lustenau; Gast: Geschäftsführer Thomas Habermann (0064/2016)

Herr Baur führt in die Thematik ein.

Herr Habermann gibt einen Lagebericht über die Situation der Anlage in Lustenau.

KR Bindig wünscht weitere Angaben zur Eigentumsstruktur der Fa. Häusle. Er fragt nach den möglichen Folgen der aufgedeckten illegalen Ablagerungen und ob es unter Umständen noch weitere, bislang verborgene Missstände gibt.

KR Moll würde die Anlage gerne besichtigen. Er interessiert sich für die Hintergründe der illegalen Ablagerungen, für die Auflagen zum Weiterbetrieb und die Intensität des Aufklärungswillens. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung müsse auf ein mögliches Sonderkündigungsrecht eingegangen werden.

KR S. Scharpf spricht sich für die Kündigung des Vertrags und gegen eine EU-weite Ausschreibung aus. Er konfrontiert den Vertreter der Fa. Häusle mit den ökologischen Folgen einer Ausbringung von unsachgemäß deponierten Abfällen auf den landwirtschaftlichen Feldern.

KR Schmidinger hinterfragt den Geschäftsführer-Wechsel.

KR Sing setzt sich ebenfalls für eine Besichtigung der Anlage ein. Er erkundigt sich nach den Unterschieden zwischen den deutschen und österreichischen Vorschriften sowie nach der energetischen Bilanz und der stofflichen Verwertung des Betriebs

Herr Baur führt aus, dass die Bewertung im Ausschreibungsverfahren eine Vergleichbarkeit ergab, was die rechtlichen Anforderungen an die Anlage betrifft. Die Fa. Häusle habe alle erforderlichen Nachweise vorlegen können.

Auf Nachfrage von KR S. Scharpf teilt Herr Baur mit, dass der Gesetzgeber keine Rückgabepflicht des Outputs der Biogasanlage zurück in den Material abgebenden Landkreis vorsieht. Es gebe lediglich die Vorgabe der Zu- bzw. Rückführung in den Kreislauf mit den entsprechenden Qualitätsvorgaben an das Endprodukt.

Herr Habermann geht auf die einzelnen Nachfragen ein:

- die Eigentumsverhältnisse der Firma,
- den Geschäftsführer-Wechsel im Dezember 2015 (Wunsch der Gesellschafter nach einem Kurswechsel),
- die Verantwortlichkeiten für die Vorkommnisse außerhalb des Firmengeländes,
- die Mengenanteile der nicht mit dem Genehmigungsbescheid konformen Ablagerungen (im Verhältnis zum gesamten Deponierungsvolumen auf dem Gelände),
- die Ermittlungen wegen den Arbeitszeitüberschreitungen,

- die aktuellen Auflagen

und lädt die Mitglieder des Ausschusses zu einer Besichtigung ein.

KR Schmidinger wendet sich gegen eine Relativierung der Menge des illegal ausgebrachten Materials. Eine nicht rechtskonforme Deponierung sei auf jeden Fall verwerflich, unabhängig von der Gesamtkapazität der Deponie.

Herr Nitz stellt auf Frage von KR Wurm die Anlieferungsmenge aus dem Landkreis und die entsprechenden Output-Mengen der Vergärungsanlage vor.

Herr Habermann sichert nochmals eine saubere Aufarbeitung der Vorfälle aus der Vergangenheit zu. Für die Zeit ab Dezember 2015 stehe er persönlich für den ordnungsgemäßen und legalen Betrieb gerade.

KR Sing interessiert sich für die Substanzanalyse der illegalen Ablagerungen.

Herr Habermann verweist auf das laufende Ermittlungsverfahren. Die Gewässer (Oberflächen- und Trinkwasser) seien aber nicht belastet worden und auch sonst seien keine umweltrelevanten Einflüsse zu verzeichnen.

Anmerkung der Schriftführung:

Die Präsentation von Herrn Habermann wurde in session als Anlage zu diesem TOP hinterlegt.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

4. Rückdelegation Abfallwirtschaft, Sachstandsbericht (0065/2016)

Herr Baur stellt den Sachstandsbericht mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Schuler blickt auf die Entwicklungen in den vergangenen Jahren zurück. Es sei nachvollziehbar, dass Änderungen zu Beginn immer auf Abwehr und Unzufriedenheit stoßen. Dennoch seien die Informationsdefizite bei den Bürgern bedauerlich. Er plädiert dafür, zu den gefassten Beschlüssen zu stehen und die Satzung vorerst nicht zu ändern – die Grün-

gutkarte allerdings solle für einen Übergangszeitraum ausgesetzt werden. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Mail von KR Restle vom 25.04.2016 zum weiteren Vorgehen bezüglich der Grüngutentsorgung.

KR S. Scharpf analysiert das bisherige und das neue Abfallwirtschaftssystem und beleuchtet die ökologischen Aspekte.

KR Sing hält einheitliche und verursachergerechte Systeme für wichtig und begrüßenswert. Er ist zuversichtlich, dass sich das Biomüll-System bewähren wird. Der vorläufigen Aussetzung der Grüngutkarte könne er zustimmen. Als „Berechtigungsausweis“ bei den Annahmestellen sei auch das praktische Scheckkartenformat denkbar. Seiner Meinung nach müssen Giftpflanzen kostenlos entgegengenommen werden. Außerdem fordert er eine Objektkennzeichnung an den Behältern.

Herr Baur sagt zu, künftig eine Objektzuordnung vorzunehmen und Giftpflanzen in Kleinmengen kostenlos anzunehmen.

KR Bindig schildert die Irritationen bei den Bürgern. Er würde die Grüngutkarte nicht nur im Jahr 2016 aussetzen, sondern auch im Jahr 2017.

KR Buschle warnt vor einer Rückwärtsrolle. Er hält eine bessere Information der Bürger für wichtiger.

KR Spangenberg steht nach wie vor zu den vom Kreistag gefassten Beschlüssen. Den Aufschub bei der Grüngutkarte kann er nachvollziehen, allerdings würde seiner Meinung nach ein Übergangszeitraum von einem Jahr ausreichen.

KR Moll bemängelt, dass die Grüngutkarten nicht vor der Gartensaison verschickt worden waren. Außerdem seien die Abfallkalender zum Teil immer noch fehlerhaft bzw. lückenhaft und müssten dringend aktualisiert werden.

Auf Nachfrage von KR Schmidinger erläutert Herr Baur die Situation im Alb-Donau-Kreis und im Kreis Sigmaringen. Beide Kreise hätten einen Antrag auf Befreiung von der Pflicht zur Einführung der Biotonne gestellt und entsprechende Argumente vorgebracht. Das Umweltministerium habe dem Landkreis Ravensburg seinerzeit signalisiert, dass keine Ausnahmetatbestände geltend gemacht werden können.

Herr Baur beantwortet die Fragen der KRe Bindig, Buschle und Moll zu den Themen Sperrmüll-Abgabe, Gebührenabrechnung und Öffentlichkeitsarbeit.

Herr Baur schlägt angesichts des Unmuts bei den Bürgern vor, die Grüngutkarte bis Herbst 2016 als „Eintrittskarte“ zu den Grüngutannahmestellen einzusetzen. Nach der Auswertung der Rückmeldungen und Erfahrungsberichte der Grüngutannahmestellen könne man dann über das weitere Vorgehen im Jahr 2017 beraten.

Die stv. Vorsitzende ergänzt, dass die Ausführungen von KR Restle (Mail vom 25.04.2016) als Basis für diese im Herbst 2016 anstehende Entscheidung genommen werden können.

Weiteres Vorgehen bzgl. der Grüngutkarte:

Mit sofortiger Wirkung wird die Grüngutkarte für eine Übergangszeit bis zunächst Ende 2016 nur noch als Berechtigungsausweis zu den Grüngutannahmestellen erforderlich. Die Verwaltung wird im Spätherbst 2016 die Erfahrungsberichte der Betreiber der Grüngutannahmestellen auswerten und dem Ausschuss für Umwelt und Technik/Kreistag einen Vorschlag bezüglich des weiteren Vorgehens ab 2017 unterbreiten.

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwendungen geltend gemacht.

Herr Baur wird diese Information am folgenden Tag an die Annahmestellen weitergeben.

Anmerkung der Schriftführung:

Die als Tischvorlage ausgeteilte PowerPoint-Präsentation wurde nach der Sitzung unter diesem Tagesordnungspunkt in session eingestellt. Das in der Sitzung besprochene Vorgehen bezüglich der Grüngutkarte wurde in der Datei bereits aktualisiert.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

_Angelegenheiten des Straßenbauamtes ()

Beratungsergebnis:

5. Gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, ÖdP und Die Linke zur K 8011 Brücke Eglofstal (0060/2016)

KR Kleiner verlässt wegen Befangenheit bei diesem Tagesordnungspunkt die Sitzung.

Herr Gehringer fasst die Sitzungsvorlage zusammen.

KR Spangenberg vertritt die Meinung, dass man sich in einer Demokratie auch gegen Mehrheitsbeschlüsse zur Wehr setzen kann, wenn man diese für grundsätzlich falsch hält. Er kündigt an, den Neubau der Brücke mit allen Mitteln zu verhindern bzw. so lange wie möglich zu verzögern. So wolle er beispielsweise auch auf die Zuschussgeber Einfluss nehmen.

KR Schmidinger bezeichnet das Bemühen, die Zuschüsse für den Brückenbau zu torpedieren, als unangemessene Drohung. Der Beschluss zum Brückenneubau sei von den Landkreisen Ravensburg und Lindau gefasst worden und müsse in dieser Form akzeptiert werden. Die im vorliegenden Antrag geforderten Mittel für eine Belagssanierung seien eindeutig verschwendet.

KR Peter beschreibt die Entwicklungen in der Landwirtschaft und wehrt sich gegen die Aussage, ein Brückenneubau würde die Landschaft zerstören.

KR Sing möchte durchaus das Wort „Landschaftszerstörung“ verwenden. Bei der bestehenden Brücke handle es sich um ein historisches und schützenswertes Bauwerk. Außerdem sei in der Bevölkerung ein Umdenken hinsichtlich des Straßenausbaus zu verzeichnen. Er fragt nach den Aussagen der Brückenprüfbücher zum Zustand der Brücke.

KR Bindig hält die Streitgespräche für Stellvertreter-Diskussionen. Im Grunde gehe es nicht um die Brücke selbst, sondern um die Folgen des Neubaus für die Region (Verkehrszunahme und weiterer Straßenausbau in Bayern). Er selbst habe sich immer für Natur und Umwelt eingesetzt; dem vorliegenden gemeinsamen Antrag habe sich die SPD-Fraktion jedoch nicht anschließen wollen.

KR Spangenberg wiederholt seine Absicht, das Projekt mit allen rechtlich möglichen Mitteln zu bekämpfen.

Die stv. Vorsitzende verweist auf die Möglichkeiten des Rechtswegs. Dem Ausschuss obliege heute nur die Entscheidung über den vorliegenden Antrag. Die 6-Monats-Frist der Nichtbefassung finde hier keine Anwendung, da im Antrag ein anderer Verhandlungsgegenstand formuliert worden sei.

Herr Gehringer schildert die Brückenprüfungen: alle 6 Jahre eine Hauptprüfung und alle 3 Jahre Zwischenprüfungen. Jährlich erfolge eine Sichtprüfung durch die Straßenmeister. Die aktuellen Ergebnisse seien in der Anlage 3 der Sitzungsvorlage aufgeführt.

Beschlussentwurf:

Der Bedarf, einen neuen Belag auf der Brücke der K 8011 einzubauen, besteht nicht.

Beratungsergebnis: bei 5 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

6. Mitteilungen und Anfragen ()

Radwegenetzkonzept im Raum Leutkirch bis Isny und ÖPNV-Verbindungen im Raum Leutkirch

Herr Gehringer verweist auf die ausgeteilte Tischvorlage und erläutert das Radwegenetzkonzept sowie die ÖPNV-Verbindungen.

Gemeinsamer Antrag KRe Aicher, Schuler und Strubel: Zuschüsse zum Bau eines „Umgehungsgerinnes“ um das Schussenwasserkraftwerk „Berg-Kasernen“

Die stv. Vorsitzende kündigt an, diesen Antrag erst dann förmlich einzubringen, wenn die Originalunterschriften aller Antragsteller vorliegen.

KR Bindig hält dieses Vorgehen für sehr bürokratisch. Seiner Meinung nach reicht der Zusatz „gezeichnet“.

Angesichts der Kurzfristigkeit hätte die stv. Vorsitzende gerne die Unterschriften gesehen. Außerdem sei der Antrag nicht von den Fraktionsvorsitzenden eingereicht worden.

KR Bindig setzt in diesen Angelegenheiten eine grundsätzliche Vertrauenswürdigkeit voraus.

Die stv. Vorsitzende fragt, ob dies von allen Fraktionen so gesehen wird.

Es werden keine Einwendungen vorgebracht.

Die stv. Vorsitzende verzichtet auf die Einholung der fehlenden Unterschriften.

KR Moll möchte, dass die Thematik (Handhabung von Anträgen, die von Fraktionsmitgliedern direkt eingereicht werden) in der nächsten Runde der Fraktionsvorsitzenden nochmals angesprochen wird.

Umfang der Sitzungsunterlagen

KR Sing bemängelt die dürftigen Sitzungsvorlagen für die heutige Sitzung und bittet darum, die Tagesordnungspunkte etwas ausführlicher vorzubereiten.

Herr Baur betont, dass die Unterlagen bei anstehenden Entscheidungen umfangreicher ausfallen. Heute habe es sich überwiegend nur um Mitteilungsvorlagen gehandelt. Daher und auch angesichts des Zeitdrucks habe es der Verwaltung opportun erschienen, vorab keine weiteren Unterlagen zu verschicken.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Z. B.

Vorsitzender

Eva-Maria Meschenmoser

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Josef Wurm

Karl-Heinz Buschle